

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 925.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Postamtstraße 30, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.40, monatlich 45 Pf. Postzusatz Mk. 40 Pf., 6 Nachtrag.

Die Abonnementgebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pf., für den Jahreslauf, Arbeit- und Wohnungsvergaben nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 197. Dienstag, den 25. August 1903. 10. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

Die preussischen Landtagswahlen.

mp. Kaum hat die sozialdemokratische Agitations- und Organisationsarbeit für die preussischen Landtagswahlen, die im Innern der Partei rüstig betrieben wird, die Öffentlichkeit berührt, und schon zeigen sich recht seltsame Anzeichen einer Verschiebung der politischen Situation.

Von einigen wenigen ehrlichen Liberalen abgesehen, empfinden alle Parteien des preussischen Landtags die Störung ihres bisherigen Wahl-Stillschweigens als ein äußerst peinliches Ereignis. Eine große Partei, der ein beträchtlicher Teil des preussischen Volkes zugethan ist, die bisher aber keinen einzigen Sitz im preussischen Abgeordnetenhause innegehabt hat, meldet ihre politischen Ansprüche an. Niemand kann vorläufig behaupten, daß diese Ansprüche übertrieben sind. Wenn sich die Sozialdemokratie an diesen Wahlen beteiligt, so kann sie auch in ihrem kühnsten Optimismus nur auf eine Vertretung im Landtage rechnen, die zu den politischen Kräfteverhältnissen des Staates in schneidendem Widerspruch steht. Ihre Gegner können, ohne sich vor aller Welt als politische Idioten zu zeigen, unmöglich mit jenen Argumenten arbeiten, die sie bei den Reichstagswahlen angewendet haben. Im Reich besteht doch wenigstens die ideale Möglichkeit, daß die Partei durch eine Wahl zu beherrschendem Einflusse emporsteigt. Für Preußen ist unter dem Fortbestande des Dreiklassenwahlsystems an eine solche Möglichkeit nicht zu denken. Für die Wähler besteht also nicht die Frage, ob sie zum Bau des „Zukunftstaates“ etwas beitragen wollen; sie müssen sich vielmehr fragen, ob die Wirtschaft in Preußen wirklich so hoch über jeden Tadel erhaben sei, daß man auf eine entschiedene und scharf kritisch veranlagte Oppositionspartei im Landtage verzichten könnte.

Auch steht für die gegnerischen Parteien im Landtage die Sache insofern ganz anders als im Reichstage, als sie alle — von den Konservativen abgesehen — durch das Eintreten der Sozialdemokratie in den Wahlkampf eher gewinnen als verlieren können. Die Stimmen der sozialdemokratischen Wahlmänner werden von allen Parteien sehr geschätzt sein. Keine — außer der konservativen — hat ein Interesse daran, die Sozialdemokraten besonders gegen sich aufzureizen, denn jede muß hoffen, daß sich unter Umständen mit ihnen ein kleines Geschäftchen machen lassen würde.

Daß ein kleines Häuflein freisinniger Parteiführer für die Unterstützung der Sozialdemokratie eintritt, kann weiter nicht wundernehmen. Es handelt sich um solche Politiker, die auch bei den Reichstagswahlen in den Reaktionsären das größere Uebel errieten haben. Interessant ist schon, daß sich die „Freisinnige Zeitung“ mit großer Virtuosität und Gelassenheit über das brennende Problem der Wahltaktik ausschweigt. Die alte Leiter, daß die Sozialdemokratie durch ihre „maßlosen Forderungen“ den „entschiedenen Liberalismus“ schädige, und daß man darum den Kampf nach zwei Fronten führen müßte, versagt hier vollständig. Ohne Hilfe der Freisinnigen können die Sozialdemokraten im Landtage unmöglich auch nur eine kleine Gruppe bilden. Sie selbst sagten also bis auf Weiteres den Kampf gegen den Freisinn bei den Landtagswahlen vollständig aus. Ganz im Gegentheil sind sie bereit, den Freisinnigen zu einer Verstärkung ihres Einflusses im Landtage ehrlich zu helfen. Der praktische Vortheil, der für die Freisinnigen aus einem Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten erwächst, ist also vollkommen unzweifelhaft. Es gehört die ganze prinzipielle Borniertheit eines Eugen Richter dazu, um diesen Sachverhalt nicht sofort zu überblicken.

Nun sind aber gar auch Nationalliberale und Zentrumsleute darauf gekommen, daß sich die alten Formen des Landtagswahlkampfes überlebt haben. Es handelt sich nicht mehr um einen Froschmäuserey zwischen den bürgerlichen Parteien, es kann sich auch nicht handeln um einen Kampf gegen das rote Geppent.

So hat man schon von nationalliberaler Seite erklärt, daß der Kampf um den Landtag nicht ausschließlich mit den Gegnern zur Linken auszuföhren werden könne. Es kann ja leicht vorkommen, daß in der Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Konservativen oder Zentrumsleuten die sozialdemokratischen Wahlmänner den Ausschlag geben. Vor diesen Wahlmännern als Reaktionsär zu erscheinen, kann sicher nicht der Wunsch nationalliberaler Kandidaten sein.

Nun aber hat sich auch prompt das Zentrum gemeldet, das ja immer gleich zur Stelle ist, wo es einen Ruhhandel wittert. Es will nicht, daß das sozialdemokratische Jünglein an der Wage bei den Stichwahlen ruhe, oder gar für den nationalliberalen Kandidaten den Ausschlag gebe. Die „Köln. Volkszeitung“ führte dieser Tage aus: Nichts wäre verkehrter, als wenn das Zentrum eine allgemeine Frontstellung gegen die Sozialdemokratie machen wollte. Eine Kampfung in Kampf und Bogen würde leicht zu einer Abweisung auch

berechtigter Bestrebungen führen. Man müsse im Auge behalten, daß innerhalb der sozialdemokratischen Partei bei wachsender Zahl der Mandate derjenige Theil immer stärker werde, der nicht Revolution, sondern Evolution wolle.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ ist ohne weiteres soviel politischer Verstand zuzumuthen, daß die künftige Entwicklung der Dinge nicht von einem hinweggethanen oder dazugegebenen R abhängig ist. Wenn sie sich auf so freundliche Wortspiele etnächst, so ist das nichts als eine bescheidene Anfrage, ob es nicht etwas zum Handeln gäbe. Nachdem man die Sozialdemokratie, den gefährlichsten Konkurrenten im Reichstagswahlkampf, nach allen Regeln der Kunst beschimpft und verleumbet hat, bemerkt man jetzt auf einmal, daß die Sozialdemokraten, im Grunde genommen, ganz brauchbare und vernünftige Leute seien, denen man wohl einen Platz neben sich auf dem Kanapee antweisen dürfe. Wenn Herr Spahn nächstens seinen Zylinder wieder aufsetzt, so fährt er nicht nach der Wilhelmstraße, sondern nach dem Kreuzberg.

Die Sozialdemokratie hat bei den preussischen Landtagswahlen alle Trümmer in der Hand. Sie wird im Wahlkampf selbstverständlich die Forderung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Vordergrund stellen. Sie wird die Wähler der dritten Klasse fragen, ob sie damit zufrieden sind, in Preußen als Staatsbürger dritter Güte zu gelten und zur politischen Einflußlosigkeit verdammt zu sein. Sie wird ebenso die bürgerlichen Kandidaten fragen, ob sie damit einverstanden sind, wenn die ungeheure Mehrheit ihrer Wähler durch ein verrottetes Wahlsystem rechtlos gemacht wird. Wird die Beantwortung dieser Fragen auch nur für den dritten Wahlkörper wichtig sein, wird auch dieser — dank der öffentlichen Stimmabgabe — seine eigene Meinung nicht überall offen verrathen dürfen, so wird diesen Wählermassen doch wieder für die nächsten Reichstagswahlen Richtung gegeben. Wie kann sich ein Mensch soweit erniedrigen, aus freiem Willen im Reich für eine Partei einzutreten, die ihn im Staate nicht als voll und gleichberechtigt betrachtet?

Wenn in fünf Jahren in Preußen das Dreiklassenwahlrecht noch besteht, wird sich über dieses Land des Wahlrechts die rote Fluthwelle mit gleicher Gewalt ergießen wie über Sachsen, das Land des Wahlrechtsraubes. Die Unwiderstehlichkeit der sozialdemokratischen Beweisführung wird sich nirgends stärker erweisen, als bei den preussischen Landtagswahlen. Welchen Erfolg diese auch für den Augenblick haben mögen, heute schon erscheint es als gewiß, daß sie ein gewaltiges Stück des großen Befreiungskampfes bedeuten werden.

Nachdem die Partei ein Menschenalter lang Kräfte sammelt, die festen Stellungen der Reaktion nur durch ihre Theorien angegriffen, im übrigen aber sich meist darauf beschränken mußte, die Angriffe der Reaktion abzuwehren, geht sie jetzt selbst zum Angriff über. Ihr Wahlkampf in Preußen ist ein Wahlrechtskampf. Und wenn in der Politik überhaupt ein Gesetz der Logik gilt, muß sie dabei mindestens eines vor zwei Dingen gewinnen: neue Volksrechte oder neue Anhänger! Die neuen Volksrechte werden ihr helfen, neue Volksrechte durchzusetzen. Dagegen gibt es für ihre Gegner kein Mittel, und auch das besetzte Schloß wird dagegen nichts helfen, das auf Bismarckwerder — der Rettungsinsel des Monarchismus — erbaut werden soll.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die „lächerliche Sundaestagegeschichte“, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziös das vom „Vorwärts“ enthüllte Kaiserinsel-Projekt nannte, scheint in den Kreisen der Regierung doch nicht so lächerlich aufgefaßt zu werden. Weßhalb sonst die große Staatsaktion, die man jetzt gegen unser Zentralorgan eingeleitet hat? Am Freitag Mittag zwischen 12 und 2 Uhr wurde nämlich beim „Vorwärts“ durch einen Untersuchungsrichter, einen Gerichtsschreiber und 16 Geheimpolizisten in der Redaktion, dem Sekretariat, den Komptoir- und Kassenräumen, in der Druckerei, im Seheraal, in der Buchhandlung und in der Expedition, um 4 Uhr nochmals in der Expedition, dann beim verantwortlichen Redakteur Genossen Leid nach dem Manuskript der Vorwärtsartikel über die Kaiserinsel gehäusucht. Gefunden wurde außer einigen Exemplaren der Nummer nichts. Das Verfahren ist — wegen Majestätsbeleidigung in idealer Konkurrenz mit grobem Unfug gegen Leid eröffnet worden. Aber weiter noch: Am Sonnabend 1.4 Uhr wurde Genosse Leid in seiner Wohnung verhaftet. Der Kriminalkommissar Dr. v. Henninger war persönlich erschienen, um ihn wegen des mit Majestätsbeleidigung verbundenen groben Unfugs zu verhaften. Der Kommissar meinte liebenswürdig, daß er anständig verfahren und eine Drohsche nehmen werde, statt, wie er konnte, den grünen Wagen zu benutzen. Er entschuldigte sich auch, daß er nichts für die Verhaftung könne; er selbst hätte die Sache auch nicht für so schlimm gehalten. Der Wunsch unseres Genossen,

vor der Abführung die Redaktion zu benachrichtigen, wenn auch nur telephonisch, wurde verweigert; Herr v. Henninger versprach, selbst die Mittheilung zu übernehmen, was er denn auch that. Diese neueste That des Untersuchungsrichters erhöht die Unbegreiflichkeiten des Verfahrens. War schon die Konstruktion einer Majestätsbeleidigung völlig haltlos, so scheint die Verhaftung geradezu ungläublich. Noch niemals hat sich ein Redakteur des „Vorwärts“ den Gerichten durch die Flucht entzogen. Es kann also nur ein Motiv für das Verfahren gedacht werden. Man hofft auf diese Weise herauszubringen, woher der „Vorwärts“ seine Wissenschaft, und was er weiß. Es sind natürlich sofort Schritte gethan worden um die Entlastung Leids herbeizuföhren. Da in den Artikeln beim besten Willen weder Majestätsbeleidigung noch grober Unfug zu entdecken sind, dürfte die Staatsaktion sicherlich wie das Hornberger Schießen ausgehen. Auch die Krupp-Affaire begann bekanntlich sehr feierlich, der Rest aber war — — — nun man weiß es ja.

Zur Affäre selbst erklärt der „Vorwärts“ noch unter Bezugnahme auf die bekannte Ebhardt'sche Erklärung in der „Post“: er, der „Vorwärts“, habe nicht behauptet, daß der Architekt Ebhard mit dem Hofmarschall v. Trotha von dem Schloßplan gesprochen habe, sondern nur gesagt, daß Ebhard um den Schloßplan wisse. Da die anonyme Erklärung der „Post“ völlig werthlos sei, fordert der „Vorwärts“ Ebhard auf, mit Namensunterschrift zu erklären, daß er über den Schloßplan nichts wisse. Er möge auch die Gegenzeichnung Trothas hinzufügen. Der „Vorwärts“ jagt, der Plan komme nicht aus Ebhard's Haupt, er sei ihm aber vertraulich mit allen Einzelheiten, namentlich bezüglich der Abperrung der Insel, mitgetheilt worden. Und im Hinblick auf eine inzwischen erfolgte Mittheilung des Hofmarschalls v. Trotha an die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß auch ihm von dem Projekt eines Schloßbaues auf der Insel Bismarckwerder nicht das geringste bekannt sei, schreibt der „Vorwärts“ in seiner letzten Ausgabe: „Diese Erklärung ist für uns wichtiger als man ahnt. Sollte Herr v. Trotha, den wir als den Zeugen und Vermittler angesprochen haben, wirklich der „Nordd. Allgem. Ztg.“ verwehrt haben, daß ihm von dem Projekt nicht das geringste bekannt ist, so leidet er entweder an einer höchst beunruhigenden Gedächtnisschwäche oder er hat, aus irgend welchen Gründen, wider besseres Wissen dem Blatt die Wahrheit vorenthalten. Da nunmehr die Angelegenheit ein erheblich öffentliches Interesse beansprucht, fordern wir die Staatsanwaltschaft auf, gegen uns wegen Beleidigung des Hofmarschalls v. Trotha einzuschreiten. Dann können wir nicht nur Herrn v. Trotha als Zeugen haben und die Angelegenheit gerichtlich zur völligen Aufklärung bringen, sondern wir bieten damit auch der Staatsanwaltschaft einen Weg, sich von der unmöglichen ersten Anklage zurückzuziehen. Wir halten in jedem Punkte unsere Mittheilungen aufrecht und betonen insbesondere gegenüber einer demagogischen Presse, daß die von uns für den Plan angegebenen Einzelheiten und Motive (Abperrung, Reichstags-Wahlrecht u. s. w.) lediglich der höflichen Begründung des Planes entnommen sind und nicht etwa unsere Schlussfolgerungen und Erwägungen darstellen. Wir stellen noch fest, daß Herr Botho Ebhardt die von uns gewünschte bündige Erklärung nicht gegeben hat!“

Der neue Reichssekretär. Während in der Presse noch herumgerathen wurde, wer wohl der Nachfolger des amtsübenden Herrn v. Thielmann sein würde, war sein Nachfolger bereits ernannt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt mit, daß der bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrath Freiherr von Stengel das Amt von jetzt an versehen werde. Es läßt sich nicht gerade behaupten, daß dem abgehalfterten Herrn v. Thielmann von irgend einer Seite die kleinste Ehräne nachgewandt wird, im Gegentheil, besonders in der sogenannten reichstreuen Presse sieht man ihn mit mehr oder weniger schlecht verhöhlener Freude gehen, galt doch v. Thielmann für besonders handelsvertragsfreundlich, war er doch f. Bt. der Leiter der Verhandlungen mit Rußland gewesen. Immerhin wäre es übereilt, wenn man nun aus Thielmann's Rücktritt auf eine besonders scharfe agrarische Schwänkung in der Reichspolitik schließen wollte. Das kann der Fall sein, und manches deutet darauf hin, daß es wirklich der Fall ist — so unter anderem die zahlene Vorstufe in der „Deutsch. Tagesztg.“, die so verächtlich handelsvertragsfreundlich klingen — braucht aber nicht der bestimmende Grund zu sein. An dem harten Biß der Reichsfinanzreform hat sich selbst der patentierte Rußlander Herr v. Miquel die Zähne ausgebissen; kein Wunder, wenn man sich dazu jetzt eine jüngere Kraft sucht. Gollers Abschied und Thielmann's Abschied sind zweifellos Wetterzeichen, die auf Stürme im neuen Reichstag hindeuten. Der neue Mann, der die Aufgabe übernimmt, dem Reichsdalles ein Ende zu machen, gilt als eine besondere Kapazität auf dem Gebiete des Finanz-

wesens, und da v. Stengel in parlamentarischen Verhandlungen einige Erfahrung besitzt, ist er in günstiger Lage als sein Vorgänger beim Amtsantritt. Ob ihm aber trotzdem die Stiphphusarbeit gelingen wird, das Gespenst des Reichsdalles zu bannen, muß erst die Zukunft ausweisen.

Unter den 73 Spendern des Giesebrecht-Syndikats befindet sich, wie unser Magdeburger Parteiorgan aufmerksamer macht, noch ein weiterer national-liberaler Landtags-Abgeordneter, der Magdeburger Kommerzienrat Wilhelm Juchaczewski, Vertreter von Magdeburg! Ferner ist der Giesebrecht-Helfer Gröber national-liberaler Stadtverordneter in Magdeburg. — Immer und immer sind es die National-Liberalen, welche in geheimem am schlimmsten gegen das Reichstagswahlrecht wählen; deshalb ist es auch begreiflich, wenn die „Lübeckischen Anzeigen“ von den Enthüllungen des „Borm“ so wenig erbaut sind und mit bloßen, faden und schalen Wigen am liebsten die Sache abthun möchten. Es sind Anglisten die ertappten Verbrecher.

Zur Frage der Wahlfrist. Das Brandenburger sozialdemokratische Wahlkomitee hat eine Zählung derer vorgenommen, die am 16. Juni nicht gewählt haben. Das bemerkenswerte Ergebnis ist folgendes: Nicht ausgeübt haben in Brandenburg ihr Wahlrecht von 10 326 Wahlberechtigten 1274. Von diesen waren 397 Arbeiter ohne nähere Berufsangabe, 43 Schiffer, 27 Maurer, 25 Schlosser, 22 Fleischer, 17 Schuhmacher, 15 Tischler, 14 Textilarbeiter, 14 Bäcker, 12 Weißgerber, 10 Schneider, 10 Maler, 9 Maschinisten, 8 Kellner, 7 Zigarrenmacher, 7 Zimmerer, 6 Schmiede, 6 Sattler und Tapezierer, 5 Korbmacher, 5 Bierfahrer, 4 Steinmetzen, 4 Müller, 3 Barbiergehilfen, 3 Bergolber, 3 Stellmacher, 3 Steinbruder, 2 Handschuhmacher, 2 Former, 1 Lederarbeiter, insgesamt 684. Also mehr als die Hälfte der Nichtwähler waren Arbeiter im engeren Sinne des Wortes, denn bei allen oben angeführten Berufen sind immer nur Unselbständige (Gehilfen, Schülern etc.) gezählt worden. Man darf aber annehmen, daß von den 1274—684 = 590 Nichtwählern, die nicht Arbeiter im engeren Sinne sind, auch noch ein Teil sozialdemokratisch wählen würde. Dieses Beispiel macht die ein wenig kühn, die durch Einführung der Wahlfrist der Sozialdemokratie Abbruch thun zu können glauben.

Mit der sicher zu erwartenden Heeresvermehrung beschäftigt sich ein höherer Offizier in einem nationalliberalen Blatte. Das sogenannte Liniennetz läuft nämlich im nächsten Jahre ab und dieses Jubiläum will man natürlich durch Einbringung einer großen Heeresvermehrungsvorlage festlich begehen. Man rechnet, daß sich während der Dauer des jetzigen Liniennetzes die Bevölkerung des Deutschen Reichs um rund drei Millionen vermehrt habe und daß dem entsprechend auch eine Vermehrung der Heeresstärke um 30 000 Mann nur „recht und billig“ sei. Es will doch schließlich gern jeder Soldat werden. Diese Vermehrung würde nach den Ausführungen des höheren Offiziers gefast, den Infanterieregimentern, die jetzt nur 2 Bataillone haben, ein drittes hinzuzufügen. Außerdem würde es möglich sein, für die zwei Infanterieregimentern, die angeblich kein Kavallerieregiment besitzen, durch Zusammenziehung der Eskadrons Jäger zu Pferde und durch Reorganisation von 6 Schwadronen die erforderliche Kavallerie zu geben. Der höhere Offizier meint, daß eine stärkere Vermehrung der Kavallerie nicht erforderlich sei, obwohl ihr Verhältnis zu den anderen Waffen seit den letzten Jahren sehr zurückgegangen sei. Eine Vermehrung der Feldartillerie hält er für unnötig, dagegen glaubt er, daß die Einführung neuer Geschütze und die Ansrüstung der Geschütze mit einem größeren Munitionsquantum wohl in höherer Aussicht stehe. — Daß neue Geschütze verlangt werden, glauben wir auch, daß die dritten Bataillone verlangt werden, glauben wir ebenfalls; aber daß eine stärkere Vermehrung der Kavallerie nicht geplant ist, das glauben wir nicht.

Dr. Barth und die preussischen Landtagswahlen. In der neuesten Nummer der „Nation“ schreibt Dr. Theodor Barth: „Bei einer planmäßigen Zusammenwirkung zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten können den rechtsstehenden Parteien sehr wohl ein bis zwei Dutzend Mandate abgenommen werden. Andererseits,“ so fährt Dr. Barth in der „Nation“ in seinem dritten Artikel über „Die Preussentagswahlen und die preussischen Landtagswahlen“ näher aus, „ist es so gut wie unmöglich, daß, wenn die Verbindung mit der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie ausbleibt, und die Sozialdemokratie an dem preussischen Grundgesetz festhält, eigene Wahlmänner aufstellen und diese dann nicht zu Gunsten der freisinnigen Kandidaten interponieren zu lassen, die Freisinnigen um wenigstens ein Drittel ihres bisherigen Besandes gebracht werden. Ich will den Zweifel nicht in näherer Hinsicht an die Hand stellen. Die erfolgreichsten Bekämpfer der freisinnigen Volkspartei werden bei Durchsicht der Zahlenverhältnisse in den von der Volkspartei bisher noch gehaltenen Wahlkreisen schon sehen, daß die Befürchtungen keineswegs übertrieben sind. Gerade diejenigen, welche sich so viel darauf einlassen, keine Allianzenpolitiker zu sein, sollten sich klar machen, daß die Sozialdemokratie das Schicksal zahlreicher freisinniger Mandate in der Hand hat. Für die freisinnige Vereinigung läßt das nur für 2 oder 3 Mandate zu. Die freisinnige Volkspartei ist, sowohl was die möglichen Verluste bei verunglückter Kooperation anbelangt, als sehr viel höherem Grade beihilft als die freisinnige Vereinigung. Ich betrachte diese ganze wichtige Frage aber überhaupt nicht vom Standpunkte einer einseitigen Parteipolitik aus. Da die Wahlkreise der freisinnigen Vereinigung in allen Wahlkreisen, welche sie in Betracht kommen, mit den Wahlkreisen der freisinnigen Volkspartei im Ganzen liegen, so würde ein mögliches Zerbrechen der freisinnigen Vereinigung kaum irgendwo zu einem erheblichen Nachteil führen. Unter solchen Umständen ergibt sich eine planmäßige Zusammenarbeit aber ein Zusammenwirken zwischen der Sozialdemokratie und den beiden freisinnigen Gruppen seitens der beihilftesten Parteiorgane als die einzige Lösung, die im Kampfe gegen die Reaktion bei den bevorstehenden Landtagswahlen größere Erfolge verspricht als irgend eine andere. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialdemokraten, die zu überwinden sind, nur die freisinnigen Wahlkreise von der Reichsversammlung des Zu-

sammengehens mit der Sozialdemokratie zu überzeugen. Aber ich bin trotz dieser Schwierigkeiten davon überzeugt, daß, wenn die Parteivorstände beider freisinnigen Gruppen für ein solches Zusammenwirken resolut eintreten, auch die Wählerkreise mitgehen werden.“ Dr. Barth verheißt sich allerdings nicht, daß nach Lage der Dinge das Zustandekommen einer solchen allgemeinen planmäßigen Abmachung wenig Wahrscheinlichkeit hat. „Um das Schlimmste zu verhüten“, fährt er fort, „sollte deshalb das Bestreben wenigstens darauf gerichtet sein, die Möglichkeit einer Verständigung mit den Sozialdemokraten nach den Wahlmännerwahlen in den einzelnen Wahlkreisen dadurch offen zu halten, daß die Freisinnigen in denjenigen Wahlkreisen, bei denen eine stärkere Kraftentfaltung seitens der Sozialdemokratie zu erwarten ist, nur solche Wahlmänner aufstellen, die gewillt sind in der Lage sind, auch unter der Herrschaft der öffentlichen Abstimmung eventuell für einen sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.“ — Eugen Richter und sein Kumpan Dr. Müller-Sagan werden das alles viel besser wissen, weshalb auch Herr Barth wahrscheinlich tauben Ohren predigt.

„Man weiß ja, wie die Sache gemacht wird.“ Wir berichteten vor einigen Tagen, daß ein Arbeiter W. vom Landgericht Braunschweig zu drei Monaten Gefängnis verurteilt sei, weil er bei der letzten Reichstagswahl doppelt gewählt habe, einmal für sich, das andere Mal für einen Arbeiter S. Er entschuldigte sich damit, daß er sich nichts Arges dabei gedacht, weil er geglaubt habe, S. sei verhindert, seine Stimme abzugeben. Das ließ der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hoffmann, nicht gelten, sondern erwiderte dem Angeklagten: „Das ist Ihnen doch wohl nicht zu glauben, daß Sie gar nichts weiter dabei gedacht haben; an der Reichstagswahl ist die Arbeiterschaft bekanntlich immer mit dem lebhaftesten Interesse beteiligt. Man weiß ja, wie die Sache gemacht wird; kann jemand wegen Verzeihens oder Abwesenheit nicht wählen, so wird den Genossen dies bekannt und diese besorgen die Wahlausübung. Dadurch wird das Wahlgeheimnis gefährdet und zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei verschoben, was der Staat sich nicht gefallen lassen könnte.“ — Wenn es eine Möglichkeit gäbe, Hoffmann für diese Behauptung beweispflichtig zu machen, so würde er arg in die Klemme kommen. Nicht der Schatten eines Beweises würde erbracht werden können. Wir möchten wohl wissen, woher Hoffmann seine Information über die „Wahlfälschungen der Sozialdemokratie“ geschöpft hat. Aber man weiß ja, wie die Sache gemacht wird: Juristen urteilen nicht selten über Dinge, von denen sie nichts verstehen, wenn sie auch glauben, sie aus dem „if“ zu lernen. Ueber die Höhe der Strafe in diesem Falle kann man sich bei dem Vorurteil des hauptsächlichsten Mitgliedes des Gerichts nicht wundern. Der Staatsanwalt hatte nur fünf Tage Gefängnis beantragt und damit gezeigt, daß er dem Fall weit objektiver gegenüber stand, als der erste Richter.

Zur Kanalfrage schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Wochenübersicht, daß „noch keinerlei Unterlage für die Annahme gegeben ist, die sogenannte Kanalvorlage werde binnen kurzem die Volksvertretung aufs neue beschäftigen.“ — Das heißt auf gut Deutsch: „die sogenannte (sogenannte ist übrigens gut) Kanalvorlage“ ist zu den Akten gelegt. Aus Furcht vor dem Horn der konservativen Agrarier wagt sich die Regierung nicht wieder daran.

Eine „Mode.“ Aus Sera wird der Berliner „Volkstz.“ geschrieben: Ein Arbeiter, der sieben Mark monatliche Unfallrente bezieht, war gegen Wochenlohn in der Aktienbankerlei Porten angefaßt. An jedem ersten Jahrtage im Monat wurde ihm sein Lohn um den Betrag der Rente gekürzt. Und zwar geschah dies seit April l. J. Der Direktor der Brauerei erklärte Freitag hierzu vor dem Gewerbegericht: „er wisse wohl, daß dies gesetzlich nicht statthaft ist, aber von der Berufsgenossenschaft sei ihm mitgeteilt worden, daß dies überall so Mode sei.“ Das Gericht verurteilte die Brauerei zur Zahlung der innebehaltenen Gelder, da es gesetzlich nicht zulässig sei, daß der Lohn um den Betrag der Rente gekürzt werden kann. Es wäre nicht bloß interessant, sondern es ist sogar nötig, daß sich die zuständige Berufsgenossenschaft über die auffallende Erklärung des Brauereidirektors äußert.

„Die Revision des Liberalismus“ betitelt sich eine jeden erfahrenen Volksherr. Der Verfasser, er nennt sich „Julianus“, fordert vom Liberalismus eine „soziale Betätigung“ größten Stils“ und dieselbe soll, so rät er, nicht nur im Parlament in Erscheinung treten, sondern überall da praktisch in ausgedehntester Weise angewandt werden, wo der Liberalismus Einfluß hat oder nicht. Insbesondere führt er an: „Das liberale Vereinswesen auf breiterer Grundlage in gemeinnütziger Richtung auszugestalten, den ansehnlichen Einfluß, welchen der Liberalismus in den ersten größeren Kommunen besitzt, im Sinne einer praktischen kommunalen Wohlfahrtspolitik geltend zu machen, das alles wird dem Liberalismus die breiteren Volksschichten wieder zuführen, das allein vermag ein wirksames Gegengewicht zu bilden gegenüber der größeren wirtschaftlichen Kraft, mit welcher die gegnerischen Parteien der Massen-Parteien zu schmeicheln und Rechnung zu tragen wissen. Jeder liberale Verein muß sich als gemeinnütziger Verein betätigen, jeder liberale Stadtverordnete muß kommunale Wohlfahrtspolitik treiben — das sei das ständige Schlagwort der Zukunft, und seine Verwirklichung allein wird den Sieg wieder an die Fahnen des Liberalismus heften. Also nicht allein fordern, sondern schaffen muß die Parole werden. Nicht nur mit Programmen prunken, sondern selbst Hand anlegen, praktisch tätig sein, selbst eingreifen, das ist es, was nötig ist. Um dies zu erreichen, ist in erster Linie eine kräftigere Organisation, ein engerer Zusammenhalt aller in Reich vorhanden liberalen Vereine erforderlich. Zu einem großen, charakteristischen Bunde müssen sie sich zusammenschließen, von dessen Leitung neben der agitatorischen Tätigkeit auch die Anregungen zu praktischer Wirksamkeit in Vereinen und Kommunen unter Mitarbeiterschaft aller Glieder zu erfolgen hätten. Demen wir endlich einmal von unseren Gegnern; organisieren wir uns, diskutieren wir uns und lassen wir praktische Arbeit; aber nicht nur, wenn der Ruf kommt, daß das Land erschrickt, sondern jahraus, jahrein.“ — Es gibt nur eine wirkliche und gründliche Lösung des Liberalismus — er muß anfangen bei

der Sozialdemokratie. Der Rathgeber scheint aber ein Fremdling im liberalen Lager zu sein. Denn wenn er die städtischen Hausagrarien, die Kleinmeister und Rentiers, die den Kern der liberalen Partei bilden, kennen würde, dann würde er wissen, daß es eher möglich ist, wegen solcher Vorschläge Bügel bei den Liberalen zu bekommen, als die Leute für solche Ideale zu begeistern.

Neue Schulzustände herrschen im Herzogthum Braunschweig. Dort ist das Konfession die oberste Schulbehörde. Schule und Lehrerschaft stehen ausschließlich unter geistlicher Aufsicht. Wer die schwarzen Herren kennt, weiß, was das zu bedeuten hat. Die Braunschweiger Lehrer begreifen deshalb auch gegen die pfäffliche Knechtung zu protestieren, worauf die geistliche Schulleitung bereits mit einer unehörligen Mobsregelung geantwortet und den Lehrer Koch wegen seiner entsetzlichen Bekämpfung der geistlichen Schulleitung in einer Versammlung seines Bezirksvereins aus dem Dienst entlassen hat. Alle Bemühungen, die Strafe zu mildern, haben keinen Erfolg gehabt. Was die Geistlichkeit von der Schule verheißt, kann man daraus ersehen, daß in einem braunschweigischen Kirchdorf mit 1076 Einwohnern und 240 Schülern nur zwei Lehrer vorhanden sind.

Der Textilarbeiterstand in Grimnitzau hat begonnen. Am Freitag Abend hörten etwa 7500 Mann, die in 26 Spinnereien und 52 Webereien beschäftigt waren, auf zu arbeiten. Der Hochmuth der Unternehmer hat hier einen Kampf von außerordentlicher Tragweite heraufbeschwoeren.

Die Meistervereinigung der Feingoldschlägerbranche Nürnberg-Fürth beschloß, wegen Mangel an Aufträgen den Betrieb vom 7. September ab vorläufig auf 14 Tage einzustellen. Die Kündigung der Arbeiter erfolgte Sonnabend.

Der Laurahütter Wahlverfall. Wie aus Kattowicz gedruckt wird, ist am Mittwoch den am Krowall Beihilftigten die auf Aufrühr und Auflauf lautende Anklageschrift zugegangen. Angeklagt sind 66 Personen, darunter ein Redakteur des „Gronoflazet“ als Hauptthäter, sowie der Vater und ein Bruder des Abgeordneten Korfanty. 29 Personen sind in Untersuchungshaft. Geladen werden 54 Zeugen.

Von einem Wachtposten erschossen. Auf dem Landübungsplatz des 17. Pionierbataillons in Thorn hat der auf Posten stehende Pionier Maertens von der 2. Kompagnie den Pionier Hoffmann von der 4. Kompagnie in der Dunkelheit erschossen. Ob Fahrlässigkeit oder ein anderer Unfall vorliegt, muß erst durch die Untersuchung festgestellt werden.

Einen Reinfall erlitten einige Konsumvereinstöchter in Markneukirchen (Sachsen). Auch dort hatte seiner Zeit, der höheren Weisung gemäß, der Militärverein beschloßen, alle diezeitigen Mitglieder, die einem unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Verein angehören, auszusließen. Um sich nun die bei dem Verein durch lange Beitragsleistung erworbenen Unterstützungsausprüche zu wahren, andererseits aber auch die noch größeren Vortheile des Konsumvereins weiter zu genießen, waren einige Personen auf den Einfall gekommen, ihre Frauen unter ihrem Mädchennamen als Mitglieder des Konsumvereins einzutragen zu lassen. Diesem angeblichen „Mandover“ kam man auf die Spur, und irgend jemand erstattete bei dem Amtsgericht Anzeige gegen die Personen, wegen Herbeiführung eines falschen Eintrages in die bei dem Registergericht der eingetragenen Genossenschaft zu führende Liste der Offen. Das Amtsgericht stellte auch längere Erörterungen an, hat aber kürzlich das Verfahren eingestellt.

Kleine politische Nachrichten. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Dienstanweisung, betreffend das Strafverfahren vor den Konsulaten als Seemannskütern. — Dem Reichstage wird eine von den Landwirtschaftskammern gebilligte Novelle zum Reichsviehsteuergesetz zur Beschlußfassung zugegeben. — Auf Veranlassung des Eisenbahnministers sind die Jugendschiffen angewiesen worden, die von den Reisenden in den Abtheilen zurückgelassenen Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr, wie bisher üblich, als unbrauchbar zu behandeln und zum Schrot und zu Rost zu werfen, sondern an den Zugendstationen einzusammeln und dem Stationsvorsteher abzuliefern. Von den Vorstehern ist das herrenlose Gut zu suchen und in geeigneter Weise den Kranken- und Armenhäusern, Pflegeanstalten oder kurzerhand dem Gemeindevorstand zur weiteren Verfügung zu überweisen. — Zur Beilegung der durch das letzte Hochwasser in Schlesien entstandenen Schäden werden, der „Preuss. Korresp.“ zufolge, nach reichlicher Schätzung Staatsmittel nur in der Höhe von etwa 2 1/2 Millionen Mark in Anspruch genommen werden. — Wie wir bereits mittheilten, sollte auf dem Gebiet von Neutral-Moresnet in dem Städtchen Altenberg eine Spielhölle errichtet werden. Aus Nachen wird jetzt berichtet, daß der schöne Plan zu Wasser geworden sei. Obwohl von deutscher wie von belgischer Seite feine Schritte gethan worden, um der Spielhölle in Altenberg die Existenz auf neutralem Gebiete unmöglich zu machen. — In Blata (Kroatien) kam es in der Nacht zum Sonnabend zwischen einer Gendarmen-Patrouille und Bauern zu einem Zusammenstoß, wobei es einen Todten gab. — Menotti Garibaldi, ein Sohn des italienischen Freiheitshelden, ist, wie aus Rom gemeldet wird, Sonnabend Nachmittag nach einem Krankenlager von wenigen Tagen gestorben. — Donnerstag wurde in Konstantinopel der russische Postbote von Türken überfallen und verlegt. — Die kürzlich in Sanganhar verhafteten Anhänger der chinesischen Reformpartei sind nunmehr wieder, nachdem die Konsula die Auslieferung abgelehnt haben, in Freiheit gesetzt worden.

Franzreich. Das Urtheil im Humbert-Prozess. Der große Prozess, der 14 Tage hindurch das Pariser Schwurgericht beschäftigt hat, ist Sonnabend Abend zu Ende gegangen. Die Geschworenen haben ihr Urtheil gefällt: Sämtliche Angeklagte wurden der Fälschung und des Betruges für schuldig erklärt. Während die Umstände waren zugelassen. Der Gerichtshof verurtheilte darauf Theresie und Frederic Humbert zu je 5 Jahren Einschließung in eine Strafanstalt (Zuchthaus); Emile Daurig nac erhielt 3 Jahre, Romain Daurignac 2 Jahre Gefängnis. Die Angeklagten nahmen das Urtheil sehr gefaßt an. Theresie unternahm Frederic sofort nach der Verkündung des Spruchs der Geschworenen

reichte Labori, um die Mittel zur Kassation des Urtheils zu sichern, Schlussanträge ein, in denen er davon ausgeht, daß das Verbrechen der Fälschung nicht klar erwiesen und daß die Frage des verursachten Schadens nicht gestellt worden sei. Der Gerichtshof nahm davon Akt. Im Publikum wurde das Urtheil unter leichten Aeußerungen der Zustimmung aufgenommen. Im Uebrigen wird noch über den Verkauf der Verhandlung am letzten Tage berichtet: Nachdem der Verteidiger Romain Daurignac's als letzter Anwalt gesprochen hatte, gab Therese Humbert ihre Erklärung in bekanntem larmoyanten Tone, unzusammenhängend und voller Gedankenstränge wie eine Festsprache ab. Sie begann mit den alten Beteuerungen ihrer Wahrheitsliebe, erzählte alte Geschichten aus ihrer Jugendzeit und machte unverständliche Andeutungen. Sie besetzte sich, in ihrer Verteidigung beschränkt worden zu sein. Dann sprach sie von dem Crawford's, fast plötzlich, ohne äußeren Zusammenhang. „Ich werde Ihnen den wahren Namen der Crawford's sagen. Crawford heißt Regnier. Frederic selbst hört den Namen zum ersten Male. Meine Herren Geschworenen, warum lachen Sie? Sie sehen, die „Crawford's“ existieren, der alte „Crawford“ will mich verurtheilt sehen, um ein Vermögen für ein Butterbrod zu haben. Ich will meine Freipressung, und wenn jemand mir Geld anbieten kommt, weise ich ihm die Thüre.“ Der Eindruck der Erklärung war peinlich. Niemand wußte, wer Regnier war. Labori giebt in Kürze Aufklärung. Regnier spielte in dem Prozeß Bazaine wegen der Kapitulation von Metz eine wichtige Rolle. Er hatte sich Bismarck im Namen der Kaiserin Eugenie als Friedensvermittler vorgestellt. Da er aber keinen anderen Ausweis als eine Photographie der Kaiserin mit ihrer Unterschrift hatte, wies ihn Bismarck ab. Es gelang ihm, ein Pass-partout nach Metz zu erlangen, wo er von Bazaine aufgenommen wurde. Er diente Bazaine als Vermittler mit Eugenie. Der allgemeine Eindruck war, daß Therese durch ihre blödsinnige Lüge ihre Sache nicht unmögliche Freisprechung bereitet habe. Dann zogen sich die Geschworenen zur Berathung zurück. Nach mehrstündiger Berathung wurde ihr Verdict verkündet: schuldig gegen alle vier Angeklagten. Therese Humbert wurden mildernde Umstände zuerkannt. Hierauf wurde das eingangs erwähnte Urtheil gefällt.

Große Unterjochungen wurden in der Regimentskasse des 157. Infanterie-Regiments in Lyon entdeckt. Die Untersuchung ergab, daß die Kasse fast 3 Jahre lang von 14 Unteroffizieren systematisch ausgeplündert ist. Ein Wachtmeister, zwei Sergeanten, acht Feldwebel und drei Quartiermacher wurden verhaftet. Weitere Verhaftungen sollen noch bevorstehen.

Belgien.

Ein französisch-belgischer Geheimvertrag über den Kongostaat? Eine von dem französischen Gesandten in Brüssel, Gerard, bei einem belgisch-französischen Bankett in Antwerpen gehaltene Rede erregt in Belgien nach einer „Standard“ Meldung aus Brüssel das größte Aufsehen. Der Gesandte erklärte, falls die belgischen Interessen am Kongo bedroht sein sollten, dürfe Belgien auf den Beistand Frankreichs zählen, und zwar nicht nur in Gestalt diplomatischer Unterstützung, sondern auch in der Form militärischer Maßnahmen. Aus dieser Erklärung des Gesandten schließt man, daß zwischen Frankreich und Belgien ein geheimes Vertrag über die Integrität des Kongostaates besteht.

England.

Lord Salisbury, der letzte große Führer der englischen Tories, ist Sonnabend gestorben. Mit ihm schwindet einer der letzten Vertreter der großen Traditionen des englischen Parlamentarismus und der großen Zeiten der nationalen-englischen, noch nicht imperialistischen Politik seines Vaterlandes. Geboren am 3. Februar 1830, wurde er schon in jungen Jahren konservatives Unterhausmitglied und 1866 bis 1867 unter Derby, dann wieder 1874 bis 1876 unter Disraeli Minister für Indien. 1876 war er außerordentlicher Botschafter Englands auf der reusultlosen Konstantinopeler Konferenz, die den russisch-türkischen Krieg nicht hintanzuhalten vermochte, 1878 bis 1880 Minister des Auswärtigen und mit Beaconsfield (Disraeli) Bevollmächtigter beim Berliner Kongress. Seit dessen Tode der bedeutendste Führer der Tories, stand er von 1885 bis 1886 und, nach einem kurzen liberalen Intermezzo, wieder am Ende 1886 bis zum liberalen Wahlsiege 1892 an der Spitze konservativer Ministerien. Sein drittes Kabinett bildete er 1895 gemeinsam mit den liberalen Unionisten und behielt dessen Leitung, an Bedeutung mehr und mehr hinter Chamberlain zurücktretend, bis nach der Beendigung des südafrikanischen Krieges 1902, wo er, bereits recht leidend, seinem Neffen Arthur Balfour Platz machte.

Zur Nachprüfung der großen Ausgaben, die der Burenkrieg der englischen Heeres- und Marineverwaltung verursacht hatte, ist vom englischen Parlament vor längerer Zeit eine Untersuchungs-Kommission eingesetzt worden. Diese Kommission veröffentlicht jetzt ihren Bericht, in dem festgestellt wird, daß die für den Krieg bewilligten Gelder äußerst schlecht verwaltet worden und die betreffenden Beamten scharf zu fabeln seien. So wurde beispielsweise der Bau eines Pulverturmes für die Marine in Gibraltar angeordnet. Nachdem bereits eine Million Mark für den Bau verausgabt war, sei man zu der Einsicht gekommen, daß der Neubau sich wegen seiner Feuchtigkeits für die Aufbewahrung von Pulver nicht eigne, worauf beschlossen wurde, ihn als Kuchraum zu verwenden, für welchen Zweck wiederum eine Million Mark verausgabt werden mußte.

Straßenbahnerausstand in Edinburgh. In Edinburgh kam es Freitag, wie die „Daily Mail“ meldet, in Verbindung mit dem Ausstand der Straßenbahner zu „aufrührerischen“ Szenen. In den Straßen sammelte sich eine nach Tausenden zählende Menge an, welche die nicht der Gewerkschaft angehörenden Fahrer auspöff und verhöhnte. Später kam es zu Ruhestörungen, so daß berittene Polizei die Prinzeßstraße räumen mußte, in der sich gegen 1000 Personen ansammelt hatten, welche die Fahrer mit Wurfgelassen vertriebenster Art angriffen. Mehrere Fahrer wurden erheblich verletzt und eine Anzahl Wagen beschädigt.

Vereinigten Staaten

Der Erpressung wurde vom Schwurgericht in New York der Arbeiterführer Parks schuldig gesprochen. Der Hauunternehmer Pleaty, welcher die Oberlichtanlage auf dem Pier der Hamburg-Amerika-Linie in Hoboken auszuführen hatte, sagte nach dem „Hamb. Corr.“ unterm Zeugeneide aus, er habe an Parks 200 Dollars bezahlt, weil dieser drohte, daß im Falle der Nichtbezahlung der Zustand fortgesetzt werden würde. Nach Bezahlung der Summe habe auch Arbeiter, die nicht dem Verbands angehörten, beibehalten dürfen.

Amerika.

Arbeiterfreiheit in Kanada. Es wird wohl Ursache dafür vorhanden sein, weshalb die kanadischen Gesetzgeber eine Vorschrift angenommen haben, die Streikerklärungen oder Streikankündigungen seitens Ausländer zu einem Verbrechen stempelt. Es hat, wie es scheint, in Kanada rückständige Zustände und rückständige Leute, die nicht bestehen können, wenn Menschen, die die Welt gesehen haben, die kanadischen Arbeiter von dem, was anderwärts Geplögenheit ist, unterrichten würden. Ein Bericht einer Montrealer Zeitung belehrt uns, welchen Begriff ein Fabrikant jener Stadt von der Freiheit der Arbeiter hat. Vor drei Wochen kündigte eine Wollenfabrik ihren Arbeitern an, daß sie anstatt 12 nurmehr 14 Stunden arbeiten müßten. Als man den Vorkmann fragte, ob die Fabrik auch diese Ueberstunden bezahlen würde, antwortete er, daß ihm nichts dergleichen bekannt sei, daß das die Angehörigen überhaupt nichts angehe, daß sie bloß zu arbeiten und zu gehorchen hätten, nichts weiter. Die meisten Angestellten jener Fabrik, etwa 300, sind Frauen und Kinder; diese weigerten sich, bei der erdrückenden Sommerhitze länger als gewöhnlich zu arbeiten. Als sie weggehen wollten, fanden sie alle Thüren verschlossen. Sie verachteten, durch die Fenster einen Ausgang zu gewinnen. Zula 400 Menschen sammelten sich auf der Straße an und drohten, die Fabrik in Brand zu stecken. Man schaffte Leitern herbei und so entrannten die Sklavinnen des kanadischen Kapitalismus ihrer Felle. Dabei erhaltene Frauen und Kinder eine erbärmliche Bezahlung. Man sagt, man wolle sie beschützen gegen Streiks und gegen Fremde, fürchtet aber die Organisation und die Freiheit der Kanadier.

Philippinen.

Ein amerikanischer „Sieg“. Von Zeit zu Zeit erinnert eine Meldung, die aus Manila kommt, wieder einmal daran, daß die Yankees sich noch immer mit den Philippinos herumschlagen müssen, daß der Guerillakrieg noch immer weiter tobt, und zwar mit wechselndem Glück. Diesmal wird über einen amerikanischen Erfolg berichtet: Die amerikanischen Truppen stürzten in der Nacht zum Freitag bei Tagesanbruch die Philippinos-Corta Wiring und nahmen sie nach scharfem Kampfe ein. Sie gelangten dabei in den Besitz der vor 4 Monaten weggenommenen amerikanischen Kanonen, zu deren Wiederherbeischaffung die Kolonne abgelandt worden war.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 24. August.

Parteigenossen

in

Mecklenburg und Lübeck!

Der diesjährige Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck findet am 6. und 7. September in Lübeck (Vereinshaus, Johannistraße 30) statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1) Bericht des Vertrauensmannes für beide Mecklenburg. 2) Kassenbericht. 3) Situationsbericht. 4) Agitation und Organisation. 5) Unsere Presse. 6) Berathung über etwaige gestellte Anträge. 7) Wahl des Vertrauensmannes für beide Mecklenburg. — Die Parteigenossen werden aufgefordert, die nöthigen Vorarbeiten zum Parteitag unverzüglich vorzunehmen, und vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß mindestens jeder Ort, an dem sich irgend eine Anzahl Genossen befindet, einen Delegierten zum Parteitag entsendet. Etwaige beim Parteitag zu stellende Anträge, sowie die Namen der Delegierten sind bis spätestens Donnerstag, den 27. August, dem Unterzeichneten zu übermitteln, woraufhin dann den Betreffenden die Mandate zugestellt werden.

Ebenso sind den Parteitag betreffende Anfragen an Unterzeichneten zu richten.

Der Vertrauensmann für beide Mecklenburg:

M. Erdbeer.

Rostock, Patriotischer Weg 79/80.

Selbst im Grabe keine Ruhe hat die alte Kafeienliste vor den Dichtern. So hat aus Anlaß des Bismarckdrummels der hiesige Kaufmann Edgar Eugen Köhler-Lenz in einer umfangreichen Dichtung den Reichsnörgler bejungen und dafür den Dank des Sohnes gernter. Der „Dichter vor dem Herrn“ soll im Vorjahre als Opernreferent des „S.-A.“ eine gerade nicht sehr schöne Rolle gespielt haben.

„Ach, wenn es doch immer so blieb.“ Herr Heise verbricht in seinem Organ folgende Notiz:

„Meister und Gesellen feiern nur selten zusammen, seit die Sozialdemokratie den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nicht will. Es geschieht aber doch noch, freilich nicht bei den Zimmerern oder Maurern, sondern z. B. bei den Bäckern. Die Gesellen marschirten mit ihrer Fahne nach dem Kulmbacher Bierhaus, von wo sie die Meister abholten, dann wurde ein hübsches frühliches Fest im Konzerthaus Lübeck gemeinsam begangen. Ach wenn es doch immer so blieb!“

Das glauben wir, daß Herrn Heise und seinen freisinnigen Freunden ein derartiges Abhängigkeitsverhältniß der Arbeiter von ihren Arbeitgebern gefällt. Der Arbeiter soll auch bei seinen Festen unter der Fuchtel des Arbeitgebers stehen und dort nur nach der Pfeife seines „Brotgebers“ tanzen. Zum Glück aber sind diese schönen Zeiten bis auf wenige Ausnahmen, die allerdings auch bald verschwinden werden, hien. Auch bei den Bäckern tagt es bereits; dann: Ade, Harmoniedüsel!

Die Wartehalle für Hafenarbeiter, welche bekanntlich beim Schuppen 18 errichtet ist, schreitet nunmehr ihrer Vollendung entgegen. Dieselbe ist bereits bis auf die innere Einrichtung fertiggestellt. Hoffentlich kann sie recht bald in Benutzung genommen werden.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Am Donnerstag Abend hält der Verein nach einer kleinen Sommerpause die erste Monatsversammlung ab.

Sicherlich dürfte dieselbe gut besucht werden, da die Besprechung der Rednerliste und der Agitation auf der Tagesordnung stehen, außer den Berichten über die Bundes- und Gruppenversammlungen.

Noch gut abgelaufen. Gestern Nachmittag kenterte bei der Segelregatta auf der Wakenig ein Segelboot dadurch, daß einer der Insassen an dem Mast emporletterte. Die drei Insassen wurden glücklicherweise gerettet.

Die Wiedereröffnung der Jagd auf Rebhühner hat der Senat auf den 24. August und die der Jagd auf Gajen und Hasenhenner auf den 15. September festgesetzt.

Eine Zeichenlehrerinnen-Prüfung findet am 19. September statt. Meldungen sind beim Schulrath Dr. Schröder bis zum 23. August einzureichen.

Neuer Dampfer. Für die Aeberei Horn lief Sonnabend auf der Riptunwerft in Rostock der für die Atlantische Fahrt bestimmte Dampfer „Bortonia“ vom Stapel.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Sielbauarbeiten wird die Strecke der S u n d e f r a ß e von Rinken- hagen bis zur Königstraße vom 24. d. Mts. ab bis zur Fertigstellung gesperrt.

Der Lehr- und Wiederholungskursus für Hebammen findet in diesem Jahre an jedem Mittwoch und Sonnabend, beginnend am 26. August und voraussichtlich am Schlusse des Monats Oktober endend, Nachmittags 5 Uhr, im Schulhause der Petri-Knaben- und Mädchen-Schule, Dürstraße Nr. 69, statt.

Vereinsregister. Am 22. August 1903 ist der evangelische Missionsverein zu Lübeck, mit dem Sitz zu Lübeck, eingetragen worden.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Lockstedt, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Hildesheim wegen schweren Diebstahls (Kleider) verfolgt wird. Er führte verschiedene Einbrecherwerkzeuge bei sich.

pb. Schwindel. Am 20. d. Mts. erschwindelte sich in einem heiligen Geschäft auf einen falschen Namen ein etwa 17 Jahre altes Mädchen mit heller Kleidung und Strohhut 7 Schachiel Kragen in creme und beure im Werthe von 70 Mk.

Schönberg. Eine interessante Streitfrage. Mehrere Hauswirthe in Sabow, deren Wiesen an die Maurine stießen, erlitten alljährlich dadurch einen Schaden, daß der Bach über seine Ufer tritt und Ueberschwemmung verursacht. Schon mehrmals haben die Geschädigten die Regierung um Abhilfe gebeten. Auf die letzte Beschwerde sind sämtliche Anwohner der Maurine aufgefordert, binnen kurzem den Theil des Baches, der an ihre Ländereien stößt, zu entkrauten und zu reinigen. Hiermit sind die Anwohner aber keineswegs einverstanden, sondern hielten eine Versammlung ab, in der sie beschloßen, der Regierung vorzutheilen, daß sie die alleinige Kugnetzerin des Baches sei. Sie habe das Wasser an die Mühle verkauft und die Sägerei verpachtet, deshalb müsse sie auch das Reinigen übernehmen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem Wege von Nordhastedt nach Heide (Holtz) wurden mehrere Personen von einem Automobil überfahren. Ein Mädchen erlitt schwere Verletzungen. Der Besitzer des Wagens wird zur Rechenschaft gezogen werden. — Graf Wolke, der frühere Besitzer von Waabshoi, erlitt, nach einer Fiebler Meldung, beim Baden am Eckernförder Strand einen Schlaganfall. Die Leiche wurde im Wasser liegend aufgefunden. — Vor den Augen der Mutter zu Tode gekommen ist in Kiel der kleine Sohn eines Arbeiters. Der Junge hängte sich auf der Straße seitwärts an einen Wagen der Friedrichen Tauwerkfabrik. Als seine Mutter, die vor der Hausthür saß, ihn rief, ließ der Kleine sich los. Er wurde nun von dem Hinterrad des Wages erfaßt und herumgeschleudert, wobei er tödtliche Verletzungen erlitt. Möge dieser Vorfall zur Warnung dienen. — Beim Spielen fiel in Rostock der jährige Pilegsohn des Schornsteinregers Zeis in die Warnow und erkrank. — In Rostock kürzte ein Knabe aus dem Fenster eines Hauses in der Königsstraße. Er erlitt schwere Verletzungen. — Das Torpedoboot „S. 42“, welches im Juni vorigen Jahres bei C u r h a v e n gesunken ist, wurde vom Nordischen Bergungsverein nach elwödriger Arbeit gehoben. In dem Boot befanden sich die Leichen der drei bei der schrecklichen Katastrophe Verunglückten.

Hamburg. Polizei und Straßenbahner. Die Straßenbahner planten, wie wir bereits kurz meldeten, die Abhaltung zweier Nachtwersammlungen, in denen sie über die weiteren Schritte beschließen wollten. Doch der Mensch denkt und die Polizei lenkt! Die Hamburger Polizeibehörde hat sich nicht entschließen können, obwohl ein Beamter des Transportarbeiterverbandes vorstellig wurde und alle erdenklichen Vernunftgründe ins Feld führte, eine Nachtwersammlung freizugeben. Dadurch wird für die Straßenbahner das Versammlungsgesetz so gut wie aufgehoben. Wenn die Behörde diese rigorose Maßnahme etwa mit der Rücksicht auf die Nachtruhe ihrer Beamten rechtfertigen will, so ist das absolut nicht stichhaltig. Einerseits sind die überwachenden Beamten in solchen Versammlungen überhaupt gänzlich überflüssig, andererseits hat Hamburg ein so großes „politisches“ Beamtenheer, daß es auf eine Versammlung mehr oder weniger wahrhaftig nicht ankommt. Jedenfalls bestreiten wir der Polizeibehörde durchaus die Befugniß, ganzen Berufs die Erörterung wichtigster Berufsangelegenheiten auf diese Weise so außerordentlich zu erschweren, wenn nicht gar völlig unmöglich zu machen. Das läßt in letzter Linie auf eine Benachtheiligung der Arbeiter zu Gunsten der Unternehmer hinaus und qualifizirt sich somit als eine soziale Ungerechtigkeits, die nicht scharf genug kritisiert werden kann! Wenn sollen dann die Straßenbahner sich nach Ansicht der Behörde versammeln? Den Straßenbahnern verjagen, Nachts Versammlungen abzuhalten, ist dasselbe wie den Nachwachstern verbieten, es am Tage zu thun. Gegen ein solches Verfahren kann gar nicht scharf genug Protest erhoben werden. — Die hauptsächlichsten Wünsche der Straßenbahner, die sich zum Theil wenigstens zu Forderungen verdichten dürften, sind folgende: 1. Die Rentionskasse ist beizubehalten unter Voraussetzung der Mitverwaltung der Angeestellten. Die Statuten werden einer gründlichen Revision unterzogen. 2. Die Unterstützungskasse wird ausgebaut und ebenfalls die Mitverwaltung der Angeestellten genehmigt. 3. Gründung eines Arbeiterausschusses. 4. Die Lohn- und Gehaltsfrage wird einer Regelung unterzogen werden. Das Mindestgehalt soll für die Schaffner 90 Mk., nicht wie bisher 75 Mk., betragen. Für Führer 100 Mk. Die weitere Steigerung der Gehaltsklassen soll den Verhandlungen einer Kommission mit der Direktion überlassen bleiben. 5. Unterstützungskasse für die Angeestellten an den Endstationen. 6. Die Diensttheilung wird in Zukunft mit Zustimmung der Angeestellten geschehen. 7. Einführung von Urlaub und Ferien. 8. Der Oberinspektor Sengesped wird in die gebührenden Schranken zurückgewiesen. 9. Allgemeine Abschaffung der Strafgebelber oder nur Verhängung derselben, wenn grobes Verschulden oder Fahrlässigkeit vorliegt und dann nur in der Höhe, wie die Gewerbeordnung es vorsieht. Die Strafgebelber sollen

in die Pensions- und Unterstützungskassen fließen.
 10. Die Arbeitszeit beträgt für Fahrer 9 Stunden, für Schaffner 10 Stunden. 11. Die Pausen an den Endstationen bis zu 20 Minuten sollen als Dienst gerechnet werden. 12. Ueberstunden 60 Pfg. 13. Bessere Behandlung. 14. Wahrung des Koalitionsrechts. 15. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. — Es ist traurig genug, daß im 20. Jahrhundert noch Forderungen, wie bessere Behandlung der Angestellten, erkämpft werden müssen. Das ist auch ein Zeichen der Zeit!

Hamburg. Der Sozialdemokratische Verein des ersten Hamburger Wahlkreises wählte in seiner Mitgliederversammlung als Delegierte zum Parteitag in Dresden die Genossen Gruenwaldt, Schaumburg und Dubber. — Geschäftlicher Würder. Der verhaftete Pumpenfabrikant Weiglin hat eingestanden, daß er am 12. August den Kollekteur Levy mit einem Beil erschlagen habe.

Güstrow. Großes „Reinmachen“ bei den Kriegern. Der Verein ehemaliger Artilleristen hat seine Selbstständigkeit aufgegeben und sich dem hiesigen Kriegerverein angeschlossen, aller Wahrscheinlichkeit nach nur deshalb, um gemeinsam gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. Der Vereinsbote des einschläfernden Vereins besucht nämlich seit einigen Tagen alle Mitglieder des alten Vereins, damit sie einen Nevers unterschreiben, worin erklärt wird, daß der Unterzeichner nicht der sozialdemokratischen Partei angehöre, noch deren Tendenzen hulldige. Mit diesem Nevers erschien genannter Bote vor einigen Tagen in der Wohnung eines Mitgliedes, welches aber nicht zu Hause war; er traf nur die Frau an. Diese wollte aber das Schriftstück nicht ohne weiteres unterschreiben und äußerte dem Boten gegenüber, ihr Mann wäre Sozialdemokrat. Der eifrige Sammelmann wollte aber die Einwände der Frau nicht gelten lassen und meinte, sie könnte mit gutem Gewissen im Namen ihres Mannes die Unterschrift vollziehen. Die Frau war aber vernünftig genug, dieses Ansinnen rundweg abzulehnen. — Mit solchen Mitteln also versucht ein Kriegerverein seine Mitglieder zu zwingen, durch Unterschrift Zeugnis abzulegen von der politischen Ueberzeugung; weigern sich die Betreffenden zu unterschreiben, dann ist um sie geschehen, sie werden wahrheitsgemäß aus dem Verein hinausgeworfen, an den sie oft jahrelang hohe Beiträge gezahlt und zu dessen Kranken- und Sterbekasse sie beigetragen haben; sie sind dann ihrer Rechte für immer verlustig.

Hamburg. Eine Militärleiche. Kürzlich meldeten wir, daß der Pioneer Hennings aus Hölbe, der in Hamburg diente, beim Turnen zu Tode gekommen sei. Jetzt werden Einzelheiten laut, die abermals geeignet sind, das heutige Militärregiment grell zu beleuchten. Unserem Neckenburger Parteigänger wird nämlich über den Tod des jungen Mannes folgendes mitgeteilt: Die 4. Kompanie des Pioneer-Bataillons Nr. 9 zu Hamburg, bei der Hennings diente, hatte am 8. August Turnen. Hennings fiel vom Klettergerüst und verletzte sich wahrhaftig innerlich. Aber der Unteroffizier bestand darauf, daß Hennings weiter sich an den Turnübungen beteiligen solle, obwohl S. erkrankt habe, er „könne nicht mehr“. Als Hennings sich

dann das Blut, das aus seiner Nase strömte, abwischen wollte, erklärte der Unteroffizier gemüthvoll, Hennings solle sich das Blut abledern, wozu er denn sonst seinen Leker habe! Schließlich mußte Hennings noch eine halbe Stunde nachgezerrt werden, wobei er dann umfiel. Er meldete sich dann krank. — So wird beim Militär mit den Söhnen des Volkes umgesprungen. Kann es eine größere Schande für das „Land der Dichter und Denker“ geben, als derartige, jeder Menschlichkeit Hohn sprechende Fälle?

Bremen. Der Lloydproffit. Der halbjährliche Abschluß des Norddeutschen Lloyd ergibt im Vergleich mit den ersten sechs Monaten des Vorjahres ein Mehr an Betriebsüberschüssen von nahezu vier Millionen Mark. Die Verkehrsüberschüsse der Monate Juli und August werden zusammen auf etwa 1 Million Mark geschätzt. Die im Jahresabschluß vorzunehmenden Abschreibungen dürften dagegen um 1 Million höher zu bemessen sein als die des Vorjahres. — Unter diesen Umständen ist es nur zu leicht erklärlich, daß der Lloyd bei allen scharfmacherischen Bestrebungen gegen die Arbeiter an der Spitze marschiert. Die Herren Aktionäre kennen eben nicht den Kampf um's Dasein; sie können es nicht begreifen, daß die Arbeiter durch die in Anbetracht der theuren Lebenshaltung recht niedrigen Löhne gezwungen sind, sich zu starken Verbänden zusammen zu schließen, um so eine Besserung ihrer Verhältnisse herbei zu führen. Deshalb ist ihnen jedes, die Vertikung der Arbeiterorganisationen bezweckendes Mittel der Direktion, und trägt es selbst den Stempel der Dummheit an der Stirn, recht.

Beste Nachrichten.

Natibor. Infolge des neuen Hochwassers liehden die noch unter den Folgen des Julihochwassers leidenden Niederungen bei Jawada, Leng, Schichowitz und Thurga wieder unter Wasser.

Breslau. Verunglückte Brunnenbauer. In Gorasche bei Gogolin kürzten beim Bau eines Sektbrunnens die Erdmassen zusammen und begruben die Arbeiter Hertel und Szakiel. Beide wurden getödtet. Sie hatten angeblich entgegen der Anordnung des Bauunternehmers, die Brunnenwände vorzeitig entfernt.

Görlitz. Vom Eisenbahnzuge überfahren. Bei Mons wurde ein Schrankenwärter durch einen Eisenbahnzug überfahren und getödtet; ebenso, an demselben Tage, bei Nitrisch ein Arbeiter und bei Liegnitz ein Postkammerer.

Göttingen. Zwei Frauen vom Zuge zertrümmert. Bei der Station Bodenrode wurden zwei Frauen, welche die Barriere nach dem Passieren eines Güterzuges eigenmächtig öfneten, von einer entgegenkommenden Lokomotive überfahren und zertrümmert.

Köln. Infolge unaufhaltbaren Regens watters wird vom Oberrhein starkes Steigen, von einzelnen Stationen über einen Meter, gemeldet.

Koblenz. Auf eigenthümliche Weise kam der

Heizer Lenzen auf dem Personenzug während der Fahrt bei Neuwied ums Leben. Der Heizer hatte die Feuerung geöffnet, ein Windstoß fuhr durch das Feuer, der heiße Luftdruck schleuderte den Unglücklichen von der Maschine. Der Heizer stürzte so heftig gegen einen Kilometerstein, daß er sofort todt war.

Lemberg. Zwei tiefe Naphtaschächte sind in Boryslaw (Galizien) ausgebrannt. Ein Bohrmeister ist dabei umgekommen, zwei andere sind schwer verlegt.

Rom. Der Millionär und Großgrundbesitzer Cartori hat 1 Million Lire für die sofortige Errichtung eines Sanatoriums für unbemittelte Lungenkranke gestiftet und sich verpflichtet, sein ganzes, viele Millionen betragendes Vermögen dieser Stiftung testamentarisch zu vermachen. Cartori verlor innerhalb kurzer Zeit seine beiden Kinder an Tuberkulose. Daher diese Stiftung.

Neapel. Die Thätigkeit des Besuchs hat zugenommen. Es werden Lavamassen und Steine zweihundert Meter hoch geschleudert. Sonnabendvormittag 6¹ Uhr wurde ein Erdstoß wahrgenommen.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Stettin wurde der Eigentümer Karstens aus Jahut wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Briefkasten.

Gr. Grönuu. Das läbliche Gesetz über die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrernwegen vom 18. März 1899 bestimmt in § 3 Absatz 1, daß von der Abgabe nur diejenigen Fahrräder befreit sind, welche benutzt werden: von durchreisenden Fremden und anderen außerhalb des läblichen Gebietes mohnhaften Personen, die nicht regelmäßig innerhalb des letzteren verkehren oder nicht länger als 6 Wochen in demselben Aufenthalt nehmen, oder welchen auf ihren Antrag das Polizeiamt Befreiung von der Abgabe gewährt hat. Fahren Sie also regelmäßig jeden Tag nach Lübeck, so sind Sie auch zur Abgabe verpflichtet.

S. M.-r. Auf besondere Empfehlungen von Krankenkassen können wir uns nicht einlassen.

Lübecker Marktpreise vom 22. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mt., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mt., Gansen Std. — Mt., Enten Std. 2,50 Mt., Hühner Std. 1,60 Mt., Ruten Std. 1,20 Mt., Lauben Std. 0,50 Mt., Gänse Pfd. — Mt., Flügeln — Mt., Schweinstopf, Pfd. 0,50 Mt., Schinken Pfd. 1,— Mt., Würst Pfd. 1,20 Mt., Eier 9 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. — Mt., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mt.

Allen Denjenigen, die meinem Leben Wonne die letzte Gabe erweisen und meinen Sorg so reich mit Kränzen schmücken, sage ich meinen herzlichsten Dank.

Fran Louise Beutler,
geb. Salzer.

Ein gut möblirtes Zimmer
zu vermieten. Friederichstraße 65. I. Et.

Wohnung, 3 Zimmer,
mit Zubehör, Petri-Kirchhof 1-3.
Nächstes Hofstr. 23.

Ein gebrauchter Kinderwagen
billig zu verkaufen. Dethlefsstraße 55.

Ein Haus mit 2 Wohnungen, 6 1/2 Zimmer,
11 St. und Wintergarten, zu verkaufen. Preis 6000 Mt. Näheres in der Exp. d. Bl.

Ein Portemonnaie verloren
in der Stadtkasse. Bitte abzugeben.
Grenzstraße 18.

Ein Portemonnaie mit Inhalt
gestohlen. Abzugeben. Dethlefsstraße 25.

Die Verbindung mit Herrn F. Krieger ist
unverändert aufgehoben.
A. Sievers, Scatts.

Prima schwedische Kronsbeeren
täglich frisch, per Pfund 14 Pfg.
Fr. Rupp, Mengstrasse 19.

St. Lorenz-Brauerei
Jeden Dienstag und Freitag:
Eimer-Bier
in den bekannten Verkaufsstellen:
Nebenhofstrasse 12.
Wickedestrasse 42.
Krähenstrasse 11.
Füchtling- u. Gertraud-Str.

Uhren reinigen . . . 1,50
Uhren einstellen . . . 1,50
1 Jahr Garantie.
Kriegelstr. 1. Paul. 0,50
Aug. Büttner,
Hauptstr.
10. 10. 10.

Der illustrierte
Neue Welt-
Kalender
für 1904

ist wieder erschienen und wie in früheren Jahren sehr reichhaltig ausgestattet.
Aus dem Inhalte haben wir besonders hervor:
Kalendarium. Postwesen. Rückblick. Messen und Märkte. Im Kreislauf des Lebens. Feuerberge und Erderschütterungen. Geflügelzucht im Kleinen. Die Fusspflege. 100 Jahre Polenpolitik. Thalsperren und Stauwerke (mit Illustrationen). Vor dem Ausnahmegesetz. Unsere Todten (mit Porträts). Zwei spannende Erzählungen (mit Illustrationen) von R. Schweichel und E. Rosenow. Vier Kupfer, ein Dreifarbendruck auf Kunst- druckpapier und vieles andere.

Preis pro Exemplar 40 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50
sowie deren Kolportage.

Liebkecht's
Fremdwörterbuch
in 10 Hefungen à 20 Pfg.
Gebd. 2,00 Mt.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Unser Garantie der Haltbarkeit werden
neue email. Böden unter alte email.
Zöpfe geist Meugstraße 19.

G. V.
Morgen Dienstag, Abds. 8¹ 2 Uhr.

„Thalia“ Krankenkasse f. ganz
Deutschland, G. H. 88
zu Hannover,
Zweig-Bureau Lübeck.
Diese Kasse, welche schon in allen Theilen des
Deutschen Reiches eingeführt ist, nimmt Personen
aller Stände und Berufsclassen beiderlei Ge-
schlechts im Alter vom 14 bis zum 70. Jahre
bei voraussichtlicher Gesundheit ohne ärztliche
Untersuchung auf. Da die monatlichen Beiträge
keine hohen und zwar von 1 Mark bis 5 Mark
sind, dafür wöchentliche Unterstükungen in Höhe
von 7 Mark bis 35 Mark gezahlt werden, ist die-
selbe auch hier zu empfehlen. Anmeldungen wie
nähere Auskunft
Ludwigstraße 68, part.

Holzarbeiter-Verband
Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag den 25. August
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1 Vortrag des Reichstagsabgeordneten Theob.
Schwarz. Thema: Der Generalstreik.
2 Kartellbericht.
3 Fragekasten.
4 Berichtedenez.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Die Lokalverwaltung.

Verband der Schmiede.
Bei der am 23. August 1903 stattgefundenen
Lombola sind folgende Nummern mit Gewinnen
gezogen worden.

13	58	78	80	125	189	196
206	215	263	320	357	392	435
439	474	494	561	594	571	679
748	751	794	797	804	819	824
900	979	988	1004	1016	1025	1079
1097	1155	1167	1174	1211	1225	1338
1392	1415	1469	1502	1522	1579	1581
1586	1587	1597	1616	1649	1692	1714
1723	1775	1793	1829	1831	1913	1948
1952	1956	2067	2098	2133	2187	2207
2209	2215	2226	2284	2296	2339	2361
2392	2449	2468	2509	2521	2524	2527
2555	2544	2604	2625	2750	2779	2790
2838	2851	2858	2880	2937	2947	2950
2974	2999					

Die Gewinne werden vom Montag den 24. d.
bis Sonntag den 30. d., Abends von 8-10 Uhr.
im Lokale „Neu-Lauerhof“ verloselt, später
Lügenstraße 7a. Die bis zum 6. September
nicht abgeholtten Gewinne verfallen der Verbands-
kasse.
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für den germanischen Theil: der jetzige mit Genehmigung der Kaiserlichen Reichs- und Provinzialverwaltungen sowie der mit J. St. erschienenen Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Hauptstraße 50/52.

Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Dresden 1903.

(Fortsetzung).

Nachwahlen zum Reichstag fanden in dem Berichtsjahr 5 statt, an denen sich die Partei beteiligte und zwar in Liegnitz, Danzig, Schleswig, Meppen und Forchheim. In den 3 erst genannten Kreisen kamen wir in die Stichwahl, in der wir gegen den Freisinn unterlagen.

Seit dem Münchener Parteitag stand die Agitation unter dem Einfluß der bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen. Bebels Referat in München war das Warmbrot und die Herausgabe desselben als Broschüre ein wesentliches Unterstützungsmittel unserer Redner in der bevorstehenden Wahlagitation. Letztere schlug um so höhere Wogen, je mehr sich die Kämpfe um den Zolltarif im Reichstag aufzuspitzten. Eine gewaltige Protestbewegung ging unter der Führung der Genossen durch das Reich, die in ungezählten massenhaft besuchten Versammlungen ihren Ausdruck fand. In den Großstädten und Industriezentren vermochten die Versammlungsorte die Erschienenen nicht zu fassen. So z. B. fanden am 4. Dezember v. J. und am 22. Januar d. J. in Berlin jebezumal 32 Versammlungen statt, zu denen der Andrang so groß war, daß die polizeiliche Abspernung erfolgte. Das gleiche gilt von allen größeren Parteilorten.

Unsere Gegner hatten die redliche Absicht zu einem großen Schlag auszuholen. Die aus dem Wahlkampf des Jahres 1898 berücksichtigte Flugchriftenfabrik des Hülleschen Werlages, wurde ersetzt durch die Nachwerke der Bürger-Fräulein, den Eugen Richter mit der Herausgabe des „Sozialisten-Spiegel“ zu übertrumpfen suchte. Ein aus Vertretern aller bürgerlichen Gesellschaftsklassen gebildetes Komitee schirmte den Ringelbeutel, dabei auf die Thatsache und die Opferfreudigkeit unserer Genossen verweisend. Großsprecherisch verkündete man, Singer habe in München erklärt: „Wir wollen alles aufbieten, um in die gelehrenden Körperschaften eine so stattliche Zahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man in Deutschland ohne die Sozialdemokratie nichts mehr machen könne, auch keine Gesetze“. Und doch Wob! ausrufen konnte: „In dem beginnenden Wahlkampf müssen wir unsere volle Schuldbiligkeit leisten, bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und materiellen Kräfte,“ dem so!te durch unpassende Belehrung der breitesten Wählermassen über die Wertlosigkeit des sozialdemokratischen Programms begeben werden.

Der Schlag, den man gegen uns zu führen beabsichtigte, war ein Schlag ins Wasser. Für uns war der Ausfall der Wahlen ein glänzender. Gestählt ist die Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen, bereit, jeden Augenblick den Kampf mit gleichem Nachdruck zu führen.

Am 30. April wurde der Reichstag geschlossen und am 1. Mai e schien der Wahlaufmarsch unserer Fraktion im „Vorwärts“, eine würdige Einleitung zur Maifeier. Der Aufmarsch gab den Genossen die Wahlparole in folgenden klaren Sätzen:

Nieder mit dem die Völker ausjagenden Militarismus und Militarismus in seiner jetzigen Gestalt! „Völkervernichtung! Wö!ker! Wö!ker! Wö!ker!“

Nieder mit einer verwerflichen Zoll- und Handelspolitik, die viele Millionen in ihren Lebensinteressen schädigt!

Nieder mit einer Steuer- und Zollpolitik, welche die Armen bedrückt und die Reichen begünstigt!

Nieder mit der Reaktion im Innern, der staatlichen Willkür, der Bevormundung, dem Polizeidruck, der Rechtsunsicherheit!

Auf zum Kampf für den Fortschritt auf allen Gebieten, für Wissen und Aufklärung, für Befreiung und Erlösung von allem Druck, den Klassenstaat, Klassenherrschaft und Klassen-gesetzgebung auf die Schultern der schwer arbeitenden Volks-mehrheit geladen haben.

Der Bedlar.

Roman aus dem amerikanischen Leben von Otto Ruppitz.

1. Fortsetzung.

„Hotel Park? Wo ist das?“ fragte Helmstedt.
„Kennen Sie das größte und interessanteste Hotel New-Yorks nicht? Sie sind wirklich noch weit zurück. Sehen Sie, so weit der grüne Rasen und die Bäume um uns reichen, erstreckt sich Hotel Park und Nachtis können Sie das große und kleine Unglück beider Hemisphären hier einquartieren finden, hier, wo kein Schlafgeld entrichtet wird,“ erwiderte Seifert. Dort hinter City-Hall, zwischen zwei ausgezweigt schönen Bäumen kann ich Ihnen mein bisheriges Schlafzimmer zeigen. Schade nur, daß nebenbei nicht für die nötigen Mahlzeiten gesorgt ist. Morgen indessen hoffe ich das Veräumte nachholen zu können, denn mich verlangt gewaltig danach, und falls Sie mich heute Abend mit einer Einleitung zum Souper beehren wollten würde ich es gerne annehmen.“

Helmstedt richtete sich aus seiner gebückten Stellung in die Höhe.

„Ich gestehe Ihnen ehrlich“, sagte er nach einer Pause, „daß ich nicht geglaubt hätte, einen Deutschen von Ihrer Erziehung sich so wohlgefällig im Schlamm seiner Erniedrigung wälzen zu sehen. Sagen Sie mir nur, finden Sie denn nicht selbst Ihr Leben unter aller Würde schmutzig und gemein?“

Seifert zog ein halb lächelndes, halb nachdenkliches Gesicht, langte nach dem auf der Bank liegenden Cigar und zündete sich eine neue Zigarre an.

„Som Standpunkte des deutschen Moralprinzips aus mögen Sie Recht haben!“ — sagte er dann; „ich halbtige aber durchaus der Zweckmäßigkeitstheorie, der einzig in Amerika anwendbar, und sobald nur der Erfolg am Ziele liegt, ist die Art des Weges dahin, ob schmutzig oder trocken,

und mit der Bewältigung der ihnen von den Provinzialwahlkomitees zugewiesenen Aufgaben überreich zu thun.
Konnten deshalb nicht alle an den Vorstand gestellten Anforderungen erfüllt werden, so war nicht mangelnde Organisation sondern der Umstand schuld, daß die Parteigenossen die lobenswerthe Eigenschaft in hohem Maße besitzen, mehr leisten zu wollen, als die vorhandenen Kräfte zu leisten vermögen, und deshalb stets die Unterstützung durch den Parteivorstand forderten.

Mit Genugthuung können wir feststellen, daß jeder der agitatorisch thätigen Genossen und Genossinnen ihre Schuldbiligkeit gethan haben und durch weitgehende gegenseitige Unterstützung die Erfolge herbeigeführt wurden, auf die stolz zu sein wir Ursache haben.

Die Parteipresse. Der Bestandsbericht der Parteipresse ist der gleiche wie im Vorjahr. Die überreiche durch den Wahlkampf veranlaßte Arbeit ließ den Genossen keine Zeit sich mit Zeitungsgründungen zu befassen. Doch kaum sind die Wahlen vorüber, und angeregt durch den dabei erzielten gewaltigen Vormarsch der Partei, so tauchen hier und dort in den Kreisen Projekte von Neugründungen auf. Nach den von dem Vorstand auf diesem Gebiet seither gemachten Erfahrungen, wird bei den Gründungen und Vergrößerungen der Druckereien nicht immer mit der nötigen Vorsicht vorgegangen. Es erscheint deshalb angebracht einen einschlägigen auf dem Münchener Parteitag gefassten Beschluß wiederzugeben. Derselbe lautet: „Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neuzugründenden Parteipresse ohne Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder theilweise zu übernehmen.“

Wichtiges wie die Zunahme der Zahl unserer Presseorgane ist der erfreuliche Umstand, daß überall eine starke Zunahme des Abonnentenstandes zu verzeichnen ist. So stieg die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ auf 78 500, die der „Leipziger Volkszeitung“ auf über 30 000, die des „Hamburger Echo“ auf 37 400. Die Zunahme der Abonnenten der „Häufigen Post“ betrug seit Jahresfrist über 4 000, die des „Sächsischen Volksblattes“ in Bismarck im letzten Vierteljahr 2250, die „Rheinische Zeitung“ in Köln über 2000, der „Volksstimme“ in Frankfurt a. Main über 4000. Die „Bremer Bürgerzeitung“ gewann 2700 neue Abonnenten, 5400 gewann die „Breslauer Volksmacht“. Mit über 2000 neuen Abonnenten steigerten die „Erfurter Tribüne“ und die „Magdeburger Volksstimme“ ihren Abonnentenstand. Um 3400 neue Abonnenten wuchs der „Volksfreund“, das Organ der östlichen Wahlkreise, desgleichen auch die „Münchener Post“. In gleichem Verhältnis hat die Gesamtpartei-presse an der Abonnentenzunahme partizipiert.

Die Wahlorganisation war die gleiche wie in den beiden vorausgegangenen Wahljahren von 1898 und 1899, mit einigen kleinen Verbesserungen, die durch die geographische Lage der betreffenden Kreise bedingt war. Die Organisation hat sich auch diesmal vortrefflich bewährt. Ihr Hauptvorzug ist, daß sie ständige Einziehung geworden ist, die in jedem Augenblick die Aufgaben erfüllen kann, die im Wahlkampf erfüllt werden müssen.

Zur Unterstützung der Agitation in dem Wahlkampf stellte der Parteivorstand den Bezug des Fraktionsaufmarsches den Wahlkomitees anheim. Gestiftet wurden davon den Genossen 632 800 Exemplare. Daneben bezogen die Wahlkreise des Ruhrgebiets ein speziell den Fall Krupp behandelndes Flugblatt in einer Auflage von 218 300 Exemplaren.

Um den Genossen im Reich die Zusammenstellung geeigneter Flugblätter zu erleichtern, hatte der Vorstand 12 Entwürfe anfertigen und als Manuskript drucken lassen, die in einer Auflage von 6000 von den Genossen bezogen worden sind und Verwendung gefunden haben.

In der Ausführung der diesbezüglichen Beschlüsse des Münchener Parteitages hatte der Vorstand frühzeitig die Herstellung des „Handbuchs für sozialdemokratische Wähler“ vorbereitet. Nach den Erfahrungen von 1898 war die Auflage bemessen worden. Doch war die Nachfrage so stark, daß in wenigen Tagen die erste Auflage vergriffen war und eine zweite nachgedruckt werden mußte. Die Gesamtauflage des Handbuchs betrug 4500 Exemplare, von denen 2026 gratis abgegeben worden sind, während 1743 Exemplare durch die Buchhandlung „Vorwärts“ verkauft wurden.

Das Handbuch war unseren agitatorisch thätigen Genossen eine willkommene und wertvolle Gabe. Das Buch behält dauernden Werth. Jeder Besitzer desselben kann sich unter Zuhilfenahme des jährlich an den Parteitag erstatteten parlamentarischen Berichts die verschiedenen Abchnitte ergängen und sich auf dem Laufenden halten. Auch ein in polnischer Sprache verfaßtes Flugblatt hat der Vorstand herausgegeben. Dasselbe ist hauptsächlich in der Provinz Posen, in einigen Kreisen von Oberschlesien und unter den im Reich zerstreut wohnenden Polen zur Vertheilung gelangt. Vorbereitet wurde das Flugblatt in einer Auflage von 183 000 Exemplaren.

Der Versuch des Vorstandes, die Unterstützung der mündlichen Agitation durch Fraktionsmitglieder zu regeln, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Einzelne Mitglieder, die in absolut sicheren Kreisen kandidierten, haben fast übermenschliches geleistet. Die andern hatten in den eigenen Kreisen

ziemlich gleichgültig. Ich kann Ihre Indignation vollständig verstehen, denn Sie sind noch ein Kind für Amerika; Sie werden mich aber anders beurtheilen, wenn Sie später denselben Grundsatz nicht allein im Geschäftsleben, sondern auch in allen Branchen unserer Staatsmaschine durchgeführt finden. — Jetzt lassen Sie uns aber das bewußte Souper zu uns nehmen, den ich fühle wirklich einen wahren Volks-hunger.“

Sie erhoben sich und verließen den Platz, Seifert fortwährend schwachend, Helmstedt mit widerwilligem Gesichte neben ihm hergehend. —

Am Abend des nächsten Tages saß der junge Mann wieder auf seinem alten Platz, ohne aber dem regen Treiben vor seinen Augen einen Blick zu schenken. Sein bewölkt Gesicht war zur Erde niedergewandt. Das Bild von dem Schicksale so mancher jungen Deutschen, das Seifert Tags vorher vor ihm aufgerollt, hatte mehr Eindruck auf ihn gemacht, als er sich selbst gefehen wollte; er hatte noch denselben Abend sein Geld durchgezählt und mit Schreden die bedeutende Abnahme desselben wahrgenommen; er hatte den Morgen darauf die Kunde bei allen seinen Bekannten gemacht, um ein klares Bild von den Aussichten zu erhalten, die er habe; — aber die ganze Deute, die er heimbrachte, war: daß für den Augenblick keine passende Stellung für ihn aufzutreiben sei, daß sich aber gewiß mit der Zeit etwas finden würde, daß sich solche Angelegenheiten eben nicht zwingen ließen und abgewartet werden mußten, und daß er nur den guten Rath nicht verlieren solle. Helmstedt aber sah die Sache heute anders an als gestern und erblickte schon die Zeit vor sich, wo er, aller Existenzmittel baar, dieselben Bertröstungen werde hören müssen. Er erkannte die bringende Nothwendigkeit, selbst und energisch zur Gründung einer Existenz Hand anzulegen, aber wie? Er war preussischer Referendar gewesen, hatte sich während der verunglückten Revolution mit dem Staate und seiner Familie entzweit und war mit der letzten Unterstützung, die ihm die väterliche

Hand gereicht, ohne Plan, aber wohlgenuth nach dem Lanke der Freiheit gegangen. Er hatte gerade nicht mehr gelernt, als sein Brodstudium und eine allgemeine Bildung erfordereten; alle praktischen Kenntnisse, um hier fortzukommen, fehlten ihm gänzlich. Je mehr er seine Fähigkeiten prüfte, je mehr er erkannte er die Richtigkeit von Seiferts Bemerkung in diesem Punkte. Zum Lehrer an einer höheren deutschen Anstalt fehlten ihm die gründlichen Kenntnisse, als niedriger Schulmeister hätte er kaum gesucht, wie zu beginnen — das war indessen hoch etwas zu Erreichendes. Zum Labendienere oder Buchhalter mangelte ihm jeder Begriff der Sache und er verstand kein Englisch; an einer Zeitung beschäftigt zu werden, war aus denselben Gründen gar keine Aussicht. Er konnte ziemlich Klavier spielen, aber wie viele brodlose Musiklehrer hatte er schon getroffen! — Schulmeister also! Aber wie dahin gelangen? Er wollte sich morgen erkundigen und von früh bis Abends danach auf den Beinen sein.

So weit war er in seinen Gedanken gekommen, als ein verbunkelter Körper vor seinen gesenkten Kopf trat — er blickte auf und sah gerade in das Gesicht der Dame von gestern, die mit demselben neckischen Lächeln ihr Auge auf ihm ruhen ließ. Unruhig, in eine neue Sprachverlegenheit zu gerathen, sprang er auf, aber im reinsten Deutsch hörte er die Frage: „Heißen Sie nicht August von Helmstedt?“ „Ja, — zu Befehl — jawohl heiße ich so!“ antwortete er etwas verblüfft und starrte die Fragerin an, — „mit wem habe ich die Ehre?“

„Keine besondere Ehre!“ erwiderte diese und zeigte lachend ihre schönen Zähne. „Kennen Sie mich wirklich nicht, Herr August, ich heiße Pauline Peters.“ „Pauline — meine kleine Nachbarin aus der Friedrichstraße?“ rief Helmstedt halb errannt, halb ungläubig. „Gerade dieselbe, die aber während der Zeit ziemlich groß geworden ist.“ „Aber um Gottes willen, Fräulein, was hat Sie denn nach New York geführt?“

„Wichtiges wie die Zunahme der Zahl unserer Presseorgane ist der erfreuliche Umstand, daß überall eine starke Zunahme des Abonnentenstandes zu verzeichnen ist. So stieg die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ auf 78 500, die der „Leipziger Volkszeitung“ auf über 30 000, die des „Hamburger Echo“ auf 37 400. Die Zunahme der Abonnenten der „Häufigen Post“ betrug seit Jahresfrist über 4 000, die des „Sächsischen Volksblattes“ in Bismarck im letzten Vierteljahr 2250, die „Rheinische Zeitung“ in Köln über 2000, der „Volksstimme“ in Frankfurt a. Main über 4000. Die „Bremer Bürgerzeitung“ gewann 2700 neue Abonnenten, 5400 gewann die „Breslauer Volksmacht“. Mit über 2000 neuen Abonnenten steigerten die „Erfurter Tribüne“ und die „Magdeburger Volksstimme“ ihren Abonnentenstand. Um 3400 neue Abonnenten wuchs der „Volksfreund“, das Organ der östlichen Wahlkreise, desgleichen auch die „Münchener Post“. In gleichem Verhältnis hat die Gesamtpartei-presse an der Abonnentenzunahme partizipiert.“

Wichtiges wie die Zunahme der Zahl unserer Presseorgane ist der erfreuliche Umstand, daß überall eine starke Zunahme des Abonnentenstandes zu verzeichnen ist. So stieg die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ auf 78 500, die der „Leipziger Volkszeitung“ auf über 30 000, die des „Hamburger Echo“ auf 37 400. Die Zunahme der Abonnenten der „Häufigen Post“ betrug seit Jahresfrist über 4 000, die des „Sächsischen Volksblattes“ in Bismarck im letzten Vierteljahr 2250, die „Rheinische Zeitung“ in Köln über 2000, der „Volksstimme“ in Frankfurt a. Main über 4000. Die „Bremer Bürgerzeitung“ gewann 2700 neue Abonnenten, 5400 gewann die „Breslauer Volksmacht“. Mit über 2000 neuen Abonnenten steigerten die „Erfurter Tribüne“ und die „Magdeburger Volksstimme“ ihren Abonnentenstand. Um 3400 neue Abonnenten wuchs der „Volksfreund“, das Organ der östlichen Wahlkreise, desgleichen auch die „Münchener Post“. In gleichem Verhältnis hat die Gesamtpartei-presse an der Abonnentenzunahme partizipiert.“

Das Jubiläum des zehnjährigen Bestehens hatten im Berichtsjahr die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, das „Sächsische Volksblatt“, die „Neussische Tribüne“ und die „Neussische Volkszeitung“ zu verzeichnen. In den zehn Jahren betrug der Tribut, den die Redakteure an die deutsche Pressefreiheit leisten mußten, bei der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ 3 Jahre 7 Monate Gefängnis und rund

Hand gereicht, ohne Plan, aber wohlgenuth nach dem Lanke der Freiheit gegangen. Er hatte gerade nicht mehr gelernt, als sein Brodstudium und eine allgemeine Bildung erfordereten; alle praktischen Kenntnisse, um hier fortzukommen, fehlten ihm gänzlich. Je mehr er seine Fähigkeiten prüfte, je mehr er erkannte er die Richtigkeit von Seiferts Bemerkung in diesem Punkte. Zum Lehrer an einer höheren deutschen Anstalt fehlten ihm die gründlichen Kenntnisse, als niedriger Schulmeister hätte er kaum gesucht, wie zu beginnen — das war indessen hoch etwas zu Erreichendes. Zum Labendienere oder Buchhalter mangelte ihm jeder Begriff der Sache und er verstand kein Englisch; an einer Zeitung beschäftigt zu werden, war aus denselben Gründen gar keine Aussicht. Er konnte ziemlich Klavier spielen, aber wie viele brodlose Musiklehrer hatte er schon getroffen! — Schulmeister also! Aber wie dahin gelangen? Er wollte sich morgen erkundigen und von früh bis Abends danach auf den Beinen sein.

So weit war er in seinen Gedanken gekommen, als ein verbunkelter Körper vor seinen gesenkten Kopf trat — er blickte auf und sah gerade in das Gesicht der Dame von gestern, die mit demselben neckischen Lächeln ihr Auge auf ihm ruhen ließ. Unruhig, in eine neue Sprachverlegenheit zu gerathen, sprang er auf, aber im reinsten Deutsch hörte er die Frage: „Heißen Sie nicht August von Helmstedt?“ „Ja, — zu Befehl — jawohl heiße ich so!“ antwortete er etwas verblüfft und starrte die Fragerin an, — „mit wem habe ich die Ehre?“

„Keine besondere Ehre!“ erwiderte diese und zeigte lachend ihre schönen Zähne. „Kennen Sie mich wirklich nicht, Herr August, ich heiße Pauline Peters.“

„Pauline — meine kleine Nachbarin aus der Friedrichstraße?“ rief Helmstedt halb errannt, halb ungläubig.

„Gerade dieselbe, die aber während der Zeit ziemlich groß geworden ist.“

„Aber um Gottes willen, Fräulein, was hat Sie denn nach New York geführt?“

